

Bündner Kriegsdienste in Frankreich

Autor(en): **Maissen, Felici**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens**

Band (Jahr): **18 (1976)**

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-550554>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bündner Kriegsdienste in Frankreich

von Felici Maissen

Johann Peter Stuppa (1620—1701), Generaloberst und Feldmarschall in französischen Diensten, Bürger von Chur und von Basel und Vertrauensmann König Ludwigs XIV., soll einmal dem König gesagt haben, das Blut, das die Schweizer für Frankreich vergossen hätten, würde einen Kanal von Straßburg bis Paris füllen. Das war die schlagfertige Antwort Stuppas, als der Sonnenkönig, auf die hohen Kosten für Schweizer und Bündner Söldner hinweisend, sagte, daß man mit den für dieselben ausgegebenen Dukaten eine Straße von Paris bis Basel pflastern könnte. Beide Aussagen sind nicht verbürgt, sind in dieser Form wahrscheinlich nie gesprochen worden, sind aber sehr bezeichnend für die große Zahl von Schweizer und Bündner Söldnern unter französischen Kriegsfahnen.

Eine genauere Zahl unserer «Fremdenlegionäre» wird nie zu erfassen sein. Denn nebst den Regimentern und Kompagnien, die kapituliert hatten, gab es auch Söldner, die ohne eigentliche Kapitulation in fremder Herren Dienste standen, so in Spanien, Österreich, Holland, Genua, Venedig. Zur Zeit des Friedens von Ryswik, 1696, zum Beispiel dienten allein in Frankreich erfaßbar 4800 Bündner. Gleichzeitig befanden sich in spanischen Diensten 2400 und in holländischen 1600, also insgesamt 8800 Bündner, ohne jene, die in anderen fremden Heeren standen.

Zu jeder Zeit gaben die Kriegsdienste unter fremden Fahnen für fremde Herrscher viel zu reden und zu schreiben. Man disputierte und stritt über die Tunlichkeit und Erlaubtheit des

Einsatzes von Leib und Leben auf den Schlachtfeldern in den Ratsälen und von den Kanzeln, mit Brandreden und Flugschriften. Patrioten wie Zwingli warnten vor dem Sittenzerfall der fremden Legionäre. Andere befürchteten, daß das eigene Land im Notfall der besten Mannschaft zur Verteidigung des eigenen Bodens entbehren werde. Es gab aber auch weitblickende Staatsmänner, die die fremden Militärdienste als eine Pflanzschule betrachteten, welche dem Vaterland im Kriegsfall die tüchtigsten Offiziere und Soldaten liefere. Alle aber erkannten in ihnen ob der Armut und Kargheit des heimatlichen Gebirgslandes eine Notwendigkeit des Fortkommens. Und das Volk sah im allgemeinen in der Annahme dieser Fremddienste nichts anderes als einen Vertrag, womit man seine Dienste einem anderen anbietet.

Es geht hier nicht darum, in diese Auseinandersetzungen einzugreifen oder dazu Stellung zu nehmen, sondern lediglich darum, *einige bedeutsame Stimmen von prominenten Zeitgenossen* über die französischen Kriegsdienste *zu Beginn des Pfälzischen Krieges um 1690* zu vernehmen. Es kommen immer solche zu Wort, die an diesen Diensten in irgendeiner Weise direkt und persönlich interessiert waren. Daher fällt das Urteil auch immer subjektiv und zweckbedingt aus.

Im September 1689 löste Ludwig XIV. mit dem Einbruch seiner wohlgerüsteten Heere in Deutschland den neun Jahre dauernden pfälzischen Krieg aus. Gegen den Sonnenkönig verbanden sich der Kaiser, Spanien, England,

Holland, die Fürsten von Brandenburg und von Bayern und von Sachsen und später auch Savoyen zur großen Koalition. Die ansehnlichen bündnerischen Truppenkontingente unter Frankreichs Fahnen wurden als Schutz- und Besatzungstruppen verwendet, aber auch aktiv in die Schlachten eingesetzt. Laut den Bestimmungen des mit Spanien am 3. September 1639 geschlossenen sogenannten Kapitulation von Mailand durfte bündnerische Mannschaft sich nicht aktiv gegen Spanien und dessen Verbündete einsetzen lassen. Daher wurden die der französischen Krone dienenden bündnerische Offiziere und Soldaten vom bündnerischen Bundestag heimberufen und neue Werbung für Frankreich verboten. Viele folgten den Befehlen der Landesobrigkeit, kehrten heim oder nahmen andere Dienste an. Viele blieben ungehorsam und verbluteten heldenhaft oder elendiglich auf fremden Schlachtfeldern oder vollbrachten Ruhmestaten und überlebten den Krieg.

Um die Lücken zu schließen aber, warb Frankreich heimlich oder öffentlich, trotz Abberufung und Verbot, immer neue Söldner in Bündnen und in der Eidgenossenschaft.

1. Die Gegner

Der in Chur auf dem Hof residierende spanische Gesandte Conte Carlo *Casati* schrieb am 5. Juni 1689 an die Drei Bünde bzw. an die drei Bundeshäupter unter der damals gebräuchlichen ehrenvollen Anrede «illustrissimi Potenti Signori», was meist mit «Großmächtige Herren» übersetzt wurde, daß die Werbungen für Frankreich trotz des Verbotes und dem Kapitulat von Mailand zuwider fortgesetzt würden. Dabei würden die Bündner Söldner nicht etwa nur auf den Plätzen als Schutztruppen verwendet, sondern würden aktiv in die Schlachten eingeworfen, und zwar gegen seinen König und gegen das Haus Österreich, als seien diese Länder Feinde der Drei Bünde. Frankreich wolle die ganze Christenheit unterwerfen. Eine solche «skandalöse Prozedur» der Kriegshilfe für König Ludwig müsse radikal unterbunden werden, sonst würden die das kleine Rätien umgebenden

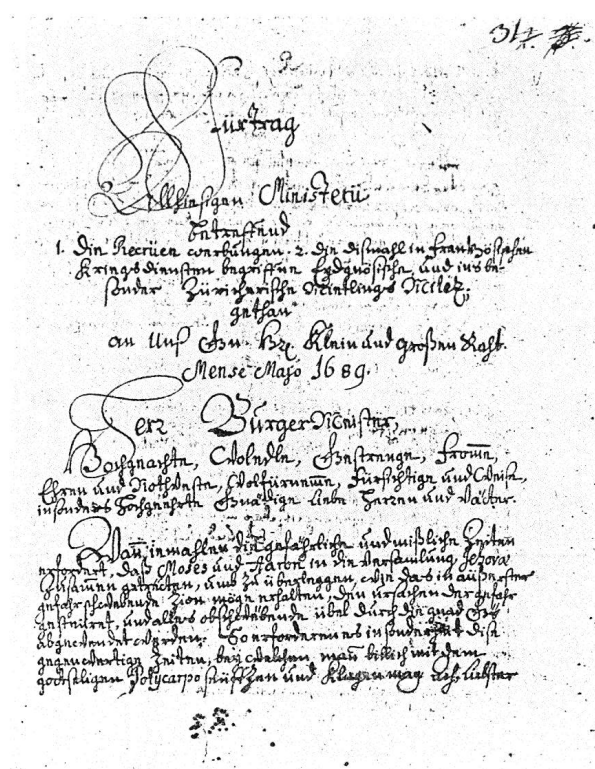
Mächte solidarisch eine Getreide- und Lebensmittelsperre verhängen.

Am 9. September reichte *Casati* dem Bundestag eine neue Beschwerdeschrift ein. Die renitenten Offiziere und Soldaten in Frankreich erflehten sich, der obersten Staatsgewalt die Stirn zu bieten. Es gehe einfach nicht an, zu behaupten, sie dienten Frankreich als Private und nicht als Bündner, und sich als Bündner offensiv gegen Österreich zu beteiligen. Von Österreich genieße Rätien große Vorteile, die dem ganzen Lande zugute kämen, in Frankreich hingegen bereicherten sich nur Einzelne.

Im März 1691 gelangte *Casati* nochmals mit schweren Vorstellungen an die Drei Bünde, diesmal im Namen seines Königs Karl II., wegen der «unerträglichen Frechheit» (*insoffribile ardire*) der bündnerischen Offiziere, welche den Entscheid der Gemeinden und des Landes und das Kapitulat verschmähten und den imperialistischen Zielen Ludwigs XIV. dienten. Namentlich bezeichnete er einen Leutnant Cabalzar von Laax und einen Hauptmann von Mont von Schleuis. Die übrigen sollten ermittelt und bestraft werden. Zum Schluß drohte er nochmals mit einer totalen Lebensmittelsperre seitens Spaniens und Österreichs.

Im Herzogtum *Mailand* regierte damals als *Statthalter* Don Lopez de Ayala y Cardenas comte de Fuensalida. Dieser beschwerte sich im Frühjahr 1690 bei den Drei Bündnen, daß Oberst Johann Baptist Stuppa — ein Bruder des Generals Johann Peter — mit seinem Regiment sich in Casale, einer Festung ungefähr 70 km südwestlich von Mailand am Po, befinde und als Feind Spaniens gegen das Herzogtum agiere. In seinem Regiment befinde sich auch ein Hauptmann Saluz von Fetan und ein Hauptmann Margut von Klosters. Die drei Bundeshäupter forderten Stuppa auf, sich nicht von Frankreich gegen das verbündete Spanien gebrauchen zu lassen und Österreich nicht zu reizen, da sonst dem Bündnerlande eine Hungersnot drohe.

Auch *Kaiser Leopold* schrieb am 2. Januar 1690 aus Augsburg an die Drei Bünde einen Brief folgenden Inhalts:



Schreiben des Zürcher Ministeriums.

Er hätte vernommen, daß die Drei Bünde zur Aufrechterhaltung der Erbeinigung mit Österreich die Werbungen für «die so ungerechte und grausame friedbrüchige Krone Frankreich» verboten und daß sie die dort dienenden Truppen heimberufen hätten. Doch offensichtlich nur zum Schein. Etliche französisch gesinnte vornehme Bündner Offiziere bemühten sich «mittelst großer Geldsummen und auf alle andere Weis und Weg», Truppen zu werben, «maßen deren etlich aus Frankreich in Grauw Pündten eigens zu solchem vorhaben ankommen sein sollen.» Hoffentlich seien diese Nachrichten nicht ganz richtig. Würde aber die Unterstützung Frankreichs durch bündnerische Kriegsdienste jeglicher Art fort dauern, «so wollen wir nicht verbergen, daß wir auf das neuwe und mit schärferem Verbot alle und jede Zufuhr des Getreids und Früchte in Grauw Pündten inhibieren, auch in dem Uebrigen diesfahls solche mesuren abfassen, daß es die Grauw Pündtner . . . reuwen solle». Die massive Drohung, falls sie verwirklicht worden wäre, hätte zu einer Hungersnot in Bünden geführt. Glücklicherweise verstand die bündnerische Regierung, eigentlich «die

Räte und Gemeinden», dieser Gefahr zuvorzukommen.

Die evangelische Kirche. Im Jahre 1685 hob Ludwig XIV. das Edikt von Nantes, welches den französischen Protestanten Schutz gewährte, kurzerhand auf. Sofort setzte die Verfolgung und Unterdrückung der Protestanten, der sogenannten Hugenotten, ein. Dafür mußte der despotische König erleben, daß im ganzen übrigen Europa von den evangelischen Kanzeln herab gegen ihn gewettert wurde, aber auch in der Schweiz gegen die eidgenössisch-bündnerischen Kriegsdienste in Frankreich.

Der Zürcher Antistes Anton Klingler überreichte im Mai 1689 im Namen des Ministeriums dem Zürcher Großen und Kleinen Rat eine längere schriftliche Abhandlung, ein Gutachten über die derzeitigen französischen Kriegsdienste. Klingler fällt ein vernichtendes Urteil über dieselben. Er bezeichnet sie als eine «himmelhoch racheschreiende Sünde». Die eidgenössischen Truppen müßten gegen Glaubensbrüder in Deutschland und Holland kämpfen. Sie seien dazu ausersehen, jenem den Arm zu stärken, der selbst von den katholischen Ständen «für einen offenbaren Feind nit allein des Reichs, sondern der ganzen Christenheit, nit anders als der Türk selbst geachtet wird». Dagegen empfahl das Zürcher Ministerium die Kriegshilfe für England, und zwar aus konfessionellen Gründen. «Warum sollte jemand verdacht haben, wenn evangelische Eidgenossen dem König von England zum Schutz dero hohen Person und Landen zuziehen wollte?» Es werden aber auch wirtschaftliche Gründe angeführt. Englische Militärdienste seien für das arme Landvolk vorteilhaft, und «weil auch unsere verschiedenen Fabriques durch England, Holland und Deutschland eben in so hohen Flor können gesetzt werden als durch Frankreich, wie gegenwärtiger starker Abgang der hiesigen Manufacturen bezeugt».

Auch in Graubünden wurde zu dieser Zeit der Kampf gegen die französischen Kriegsdienste geführt. Einer der überzeugtesten Streiter war der Filisurer Pfarrer Johann Leonardi

(rom. Jan Cristian Linard), ein sehr produktiver Schriftsteller. In seiner 1689 verfaßten Schrift «Theologischer Aufwecker» und in der «Allerchristlichen Kriegskunst» von 1691 entwickelte er ähnliche Gedanken wie Antistes Klingler, verurteilte aufs heftigste die französischen Kriegsdienste und empfahl dafür die englischen und holländischen. In seiner 1687 gedruckten Schrift «Crudelissimas Crudeltaeds» (grausamste Greueltaten) in romanischer Sprache geht Leonardi äußerst scharf zu Gericht mit den Verfolgungen der Hugenotten. In volkstümlicher Beschreibung der Unterdrückungen und nicht ohne Übertreibungen versucht er Affekte der Abneigung gegen Ludwig XIV. zu wecken und gegen die Kriegsdienste eines «so grausamen Königs».

II. Die Befürworter

Wie die Aussagen der Gegner französischer Kriegsdienste nicht als eine Beurteilung des Reislaufens im allgemeinen zu betrachten sind, so sind auch jene der hier folgenden Befürworter als aus ihrer jeweiligen Situation gefällte Urteile anzusehen.

Brigadier Johann Baptist Stuppa schrieb am 15. April 1689 aus Paris an die Häupter und Ratsboten der Drei Bünde. Sein Brief war die Antwort auf die Aufforderung des Bundestages an alle Offiziere und Soldaten in Frankreich, ihren Dienst zu verlassen. Joh. Baptist Stuppa, Bruder des Generalleutnants Johann Peter, zuerst evangelischer Prediger in London, dann durch den Einfluß seines Bruders und die Gunst der Königin von Frankreich rasch zu militärischen Graden avanciert, wurde 1689 Brigadier. In seinem Schreiben «Justifikation der bündnerischen Offiziere und Truppen in französischen Diensten...» erklärt er eingangs, er sei nicht in Graubünden geboren, hätte sich dort fast nie aufgehalten und hätte sich seit 30 Jahren in Frankreich etabliert. Er betrachte Frankreich als seine zweite Heimat. Seit 24 Jahren diene er dem König, neulich als Brigadier. Er sei weit davon entfernt, einen solch beachtlichen Dienst aufzugeben, um sich ins Bündnerland zu begeben, um dort «in trauriger Verlassenheit und ohne Beschäftigung

zu leben... meine Ehre verbietet es mir». Dann nahm er das Kapitulat von Mailand aufs Korn: «Sie wollen mich unter Berufung auf den 10. Artikel des Kapitulats heimrufen. Dieses ist vor 50 Jahren (1639) beschworen und nie gehalten worden. Unsere Vorfahren zu jeder Zeit durften in jedem beliebigen Land Kriegsdienste leisten, ohne Einschränkung. Wir sind schließlich eure Mitbürger und nicht eure Sklaven. Ihr dürft uns nicht ein Recht nehmen, das uns kraft unserer Geburt und unserer Abstammung und als Glieder eines freien Staates gebührt. Zudem ist der König von Frankreich der wohlgesinnteste und edelste Freund unseres Standes.» Dann ergeht sich Stuppa in einem ausführlichen Abriß über die Beziehungen zwischen Bünden und Frankreich seit den fränkischen Königen, über die Feindseligkeiten Spaniens gegenüber Bünden, ruft dabei die gefürchtete Festung Fuentes — das Joch der Bündner — in Erinnerung und fährt in einem überschwenglichen Lob auf Frankreich fort: «Die großen Opfer, die Frankreich brachte, um Euch von der Knechtschaft Spaniens zu befreien, sind unermeßlich. Frankreich wird die Undankbarkeit dafür, besonders wegen der jetzigen Abberufung der Truppen, einmal sehr empfindlich vergelten. In der Tat würden wir uns einer Gemeinheit schuldig machen, wenn wir den König jetzt in der Not verlassen würden, nachdem wir ihm im Frieden so viele Jahre gedient haben.» Bünden sollte ganz im Gegenteil stolz sein auf die fünf Obersten, die vielen Hauptleute und Offiziere im Dienste des allerchristlichsten Königs.

Am Schluß drückt er die Hoffnung aus, die Häupter und Ratsboten überzeugt zu haben, daß es zum Wohle und zur Ehre des Landes gereichen würde, wenn Bünden sich aus der Knechtschaft Spaniens befreien würde und sich enger an Frankreich schließen würde. Und schließlich: «Die Obersten und Hauptleute in französischen Diensten sind auf Grund Ihrer Tüchtigkeit vom König selbst zu ihren Chargen befördert worden und können schon deshalb nicht zurückberufen werden.» Diese ziemlich umfangreiche Schrift erschien auch gedruckt in italienischer Sprache.

Hauptmann *Friedrich Anton von Salis/Soglio*, ein treuer Anhänger Frankreichs und Befehlshaber einer Kompagnie zur Zeit des Ausbruchs des pfälzischen Krieges, erhielt im Herbst 1689 in Paris die Aufforderung des Bundestages, seinen Dienst zu verlassen. Am 20. Mai 1690 wandte er sich schriftlich an die Häupter der Drei Bünde und focht vehement die Gültigkeit des betreffenden Beschlusses des Bundestages an, weil der Bundestag nicht ordnungsgemäß bestellt gewesen sei. Daher appellierte er zusammen mit noch anderen Offizieren an ein unparteiisches Gericht. Die Kompagnie, die er befehligte, sei weder in Graubünden noch anderswo von ihm geworben worden, sondern sei ihm vom König selbst übergeben worden. Salis betrachtete seine Abberufung als ein großes Unrecht und protestierte dagegen.

Selbstverständlich spielte auch die französische Diplomatie im Kampf für und gegen Kriegsdienste in Frankreich ihre Rolle geschickt und mit Erfolg. Darum lassen wir noch den *französischen Gesandten Amelot* zu Wort kommen. Jean Michel Amelot, baron de Brunelles, marquis de Gournay (1655—1724), hatte seine Korrespondenten in Graubünden, bis 1689 bes. Johann Heinrich Tschudi, dann Gardehauptmann Ritter von Salis und andere mehr. Am 21. September 1691 schrieb Amelot an Ludwig XIV.: «In Chur soll der Bundestag

in bälde stattfinden. Ich höre, daß der spanische Gesandte eifrig bemüht sei, die bündnerischen Offiziere aus ihrem Dienst zurückzukommandieren. Doch die Maßnahmen, die ich mit dem Obersten von Salis traf, warfen das Ruder um (*detournèrent le coup*). Doch leider ist in diesem Land niemand mehr gewillt, sich für Frankreich einzusetzen. Alles ist Spanien so ergeben. Sicher wird diese Abberufung der Truppen nur schlechte Früchte bringen. Ich habe für gut gefunden, Herrn Tschudi, dem früheren Geheimsekretär des Königs bei den Drei Bünden, zu schreiben, wenn man so 500 pistolles (Goldmünzen) den bedeutenden Mitgliedern des Bundestages verteilen würde, könnte man die Heimberufung dieser Truppen wohl verhindern . . .» Wenige Tage später unterbreitete Amelot dem König den Vorschlag, einige der fähigsten und interessiertesten Offiziere nach Bünden zu schicken, um persönlich ihre Gründe darzulegen und zu überzeugen, daß der Wortlaut des betreffenden Artikels 10 des Kapituls nicht so streng genommen werden dürfe. König Ludwig schrieb dem Gesandten zurück, er werde Stuppa über alles informieren und ihm dann mitteilen, was er über seinen Vorschlag angeordnet habe.

In Wirklichkeit aber blieben bedeutende Kontingente bündnerischer Söldner, Verbot hin oder her, im Kriegsdienste Frankreichs bis Ende des pfälzischen Krieges und nachher dann erst recht.